

Anlage 1a

Protokoll der dritten Sitzung der Expertenrunde „Neue Impulse für mehr Jugendbeteiligung“ vom 31.08.2015

Teilnehmer: Frau Silber-Bonz (Vorsitzende JHA), Frau Leshwange (LVR), Herr Dirks (Gesamtschule), Herr Kourkoulos (Hotti), Herr Naumann (Verein z. F. d. städt. Jugendeinrichtungen), Frau Clauß (FDL 5), Herr Engels (FD 5/20)

Frau Clauß begrüßte die Anwesenden, vor allem Frau Leshwange, die Fachberaterin des Landesjugendamtes zum Thema Partizipation. Sie fasste die Ergebnisse der bisherigen Expertenrunden sowie der Beratung im JHA und im Unterausschuss zusammen. Die in der Vorlage zu dieser Sitzung beschriebenen Module sollen nach dem Auftrag des Unterausschusses in der Expertenrunde fachlich diskutiert, ggf. konzeptionell weiterentwickelt und in Folge erprobt werden. Dabei sei nicht nur die Sicht der Jugendlichen zu beachten sondern auch die begrenzten Ressourcen der Beteiligten in Jugendarbeit, Schule und Verwaltung.

Auch Frau Silber-Bonz begrüßte Frau Leshwange als wichtige Unterstützung in diesem Prozess. Ihre fachliche Erfahrung solle, wie vom JHA gewünscht, in die weitere Beratung einbezogen werden. Frau Silber-Bonz verwies auf die im Unterausschuss gefasste Absprache, die für die Partizipationsmodule benötigten finanziellen und personellen Ressourcen dürften nicht zu Lasten niederschwelliger Angebot der Jugendarbeit gehen.

Alle Beteiligten waren sich bei dieser dritten Sitzung darüber einig, dass ein zentrales, stark formalisiertes Gremium mit erforderlicher langfristiger Bindung wie der Jugendstadtrat für Jugendliche uninteressant sei. Vielmehr müssten für unterschiedliche Gruppen unterschiedliche Angebote erprobt werden.

Frau Leshwange begrüßte diesen Ansatz ausdrücklich. Sie bestätigte, dass Jugendliche unterschiedliche Interessen hätten und es demnach keine für alle Jugendliche geeignete Partizipationsform gebe. Für unterschiedliche Gruppen müsse es demnach unterschiedliche Angebote geben. Dies sei mit den vorgeschlagenen Modulen berücksichtigt. Mit Partizipationsangeboten könnten zudem niemals alle Jugendlichen erreicht werden, ebenso wenig, wie alle Erwachsenen erreicht werden könnten. Ausprobieren sei der richtige Weg, um zu erfahren, welche Angebote in Sankt Augustin angenommen werden. Sie bezeichnete die Entwicklung in Sankt Augustin als spannend und bot ausdrücklich ihre weitere Unterstützung an.

Im Folgenden wurde die Tischvorlage diskutiert und abgestimmt.

Modul 1: Vernetzung der Schülervertretungen

Bei den Schülervertretungen besteht ein Wunsch nach einer solchen Vernetzung. Hierdurch kann diese bestehende Form der (schulinternen) Mitwirkung gestärkt und auch für die Mitwirkung Jugendlicher an stadtweite Themen genutzt werden.

Frau Leshwange stellte die Frage nach dem Ziel einer solchen Vernetzung. Schülervertretungen seien zunächst eine feste Form der schulinternen Mitwirkung. Hier muss konzeptionell geklärt werden, wie dies Gremium für die Partizipation im Rahmen der kommunalen Mitwirkung genutzt werden kann. Herr Engels verwies auf den ausdrücklichen Wunsch in der Ideenwerkstatt nach der Unterstützung einer solchen Vernetzung und äußerte die Hoffnung, dass neben Schulthemen auch schulnahe Themen von stadtweiter Bedeutung in diesem Gremium besprochen werden könnten und damit eine Partizipation auch im Sinne der Jugendförderung möglich wäre. Erste

Kontakte mit den Schulen seinen geknüpft, ein erstes Treffen sei für Anfang November möglich. Die Schülervertretungen würden über die benannten SV-Lehrer noch wegen Terminvorschlägen (Wochentage und mögliche Termine) sowie nach möglichen Veranstaltungsorten angefragt. Auch die Form und der Umfang des Treffens sollten in den SVen diskutiert werden.

Herr Dirks begrüßte als SV-Lehrer der Gesamtschule eine stadtweite Vernetzung der Schülervertretungen und bestätigte die Tatsache, dass die SV zunächst die Aufgabe habe die interne Schullandschaft mitzugestalten, sah aber dennoch Möglichkeiten zur Behandlung auch anderer Themen oder zur gemeinsamen Umsetzung von Projekten.

Frau Clauß erklärte, dass dies Modul ein Angebot an die Schülervertretungen sei, sich zu vernetzen, voneinander zu lernen, gemeinsame schulische Themen und stadtweite jugendspezifische Themen zu diskutieren. In erster Linie soll den SVen Strukturunterstützung angeboten werden. Form und Inhalte müssten aber mit den Schülervertretungen immer neu abgestimmt werden.

Die von Herrn Engels angekündigte Offenheit in der Struktur einer solchen Vernetzung wurde von allen begrüßt. Es sei richtig nur den Weg und nicht eine feste Struktur vorzugeben. Herr Dirks warnte jedoch vor einer zu großen Offenheit, die viele SV-Mitglieder überfordere. Wichtig sei es eine selbsttragende Struktur zu finden. Hierzu solle es jedoch alternative Vorschläge geben, die die Schülervertretungen beraten und aus denen sie auswählen könnten.

Herr Naumann schlug einen begleitenden Eventcharakter dieses Treffens vor und bot hierfür die Unterstützung der Jugendeinrichtungen des Vereins an.

Frau Leshwange verwies auf eine mögliche Unterstützung durch die Servicestelle für Partizipation des Landes NRW, u.a. durch die Vermittlung erfahrener Moderatoren.

Als Konsens wurde festgehalten:

Im Spätherbst 2015 findet ein erstes Treffen der Schülervertretungen statt. Vorbereitende Gespräche mit den SV-Lehrern werden vor Herrn Engels hierzu zurzeit geführt. Die Struktur einer künftigen Zusammenarbeit der Schülervertretungen wird offen gehalten und mit den Jugendlichen entwickelt. Sollte sich herausstellen, dass die Jugendlichen mehr Unterstützung bei der Entwicklung einer Struktur benötigen, wird durch Beispiele unterstützt.

Modul 2: Bereitstellung von Mitteln für Mini-Projekte

Die Unterstützung für Mini-Projekte soll Jugendlichen die Umsetzung eigener Ideen und damit schnelle Partizipationserfolge ermöglichen. Dies soll Jugendliche zur Mitwirkung auch an weiteren Partizipationsangeboten motivieren.

Frau Clauß verwies auf die noch freien Mittel in Haushalt, die ursprünglich für die Arbeit des Jugendstadtrats vorgesehen waren. Es müssten jedoch hierfür Projektkriterien entwickelt werden, wie diese Mittel vergeben werden könnten.

Einigkeit bestand darin, dass das Verfahren sehr unbürokratisch ablaufen müsse, ohne komplizierte Anträge und Verwendungsnachweise. Hier solle zum Beispiel die Eingabe der Quittungen ausreichen. Auf die Frage, ob für die Bewerbung eine Idee ausreichend sei oder ein fertiges Konzept eingereicht werden müsse, wurde die Projektidee als ausreichend angesehen. Wichtig sei jedoch, dass das Projekt auch umgesetzt werden könne. Hierfür benötigten die Jugendliche jedoch die Unterstützung von Erwachsenen.

Herr Dirks regte an, Beispielprojekte zu benennen, um Jugendliche zu motivieren, eigene Ideen einzureichen.

Frau Clauß nannte als mögliche Kriterien die Gemeinnützigkeit der Projekte und die Möglichkeit zur Umsetzung im Rahmen geltender Bestimmungen. Hierfür sollten die Jugendlichen sich einen Mentor wählen, der sie berät und das Projekt begleitet. Diese Mentoren könnten aus der Stadtverwaltung oder den Jugendeinrichtungen kommen. Bei Projekten aus Schulen könnten dies auch Lehrer sein. Herr Engels nannte ergänzend als weitere Kriterien der Mini-Projekte aus Nürnberg: Anträge nur durch Jugendliche und die Einbeziehung möglichst vieler Jugendliche. Nicht gefördert würden in Nürnberg: alltägliche Schulveranstaltungen (Abschlussbälle, Klassenfahrten), Ferienfreizeiten ohne Gemeinnützigkeitsaspekt, teure Anschaffungen sowie parteipolitisch oder religiös ausgerichtete Veranstaltungen.

Herr Kourkoulos verwies darauf, dass es mit der unbürokratischen Finanzierung der Projekte alleine nicht getan sei. Es stelle sich auch die Frage, wie bürokratische Hemmnisse bei Aktionen im öffentlichen Raum beseitigt werden könnten. Frau Clauß verwies darauf, dass geltendes Recht nicht aushebeln werden könne. Vielmehr sei es Aufgabe der Mentoren die rechtlichen Hindernisse den Jugendlichen zu vermitteln. Eine von Herrn Naumann erbetene Unterstützung bei rechtlichen Fragen und Behördenkontakten durch die Stadtverwaltung sagte sie zu. Herr Naumann sagte die Unterstützung von ein bis zwei Projekten pro Jahr durch den Verein zu.

Die Form der Entscheidung über einen Zuschlag für Projekte wurde ebenfalls rege diskutiert. Frau Leshwange schlug als jugendgerechte Form ein Casting mit einer Jury-Entscheidung vor. Eine Beteiligung von Jugendlichen an dieser Entscheidung sei schwierig, da es keine Jugendlichen mit Mandat gäbe. Dagegen entspräche eine zentrale Entscheidung durch Erwachsene, z.B. durch die Jugendamtsleitung, der Lebenserfahrung der Jugendlichen und würde von diesen eher akzeptiert.

Frau Leshwange begrüßte die starke Einbindung der Jugendarbeit und hielt die Beratung der Gruppen für unbedingt notwendig. Sie regte an eine Checkliste der „Fallstricke“ zu erstellen.

Als Konsens wurde festgehalten:

Für Mini-Projekte werden 2015 und in den beiden Folgejahren jeweils 1.200 € bereitgestellt. Die Stadtverwaltung entwickelt hierfür Regeln, die nach Abstimmung in der Expertengruppe veröffentlicht werden. Mitarbeiter der Hotti-Jugendeinrichtungen und derjenigen in Trägerschaft des Vereins stehen neben den pädagogischen Mitarbeitern des FD 5/20 als Projektpaten zur Verfügung.

Modul 3: Durchführung von Jugendforen

In offenen stadtteilorientierten Jugendforen können Meinungen und Ideen von Jugendlichen zu den sie betreffenden Themen und Entwicklungen festgehalten und im Rahmen von Projektarbeit gemeinsam mit den Jugendlichen bearbeitet werden. Alternativ sind „Stadtteilrundgänge“-streifzüge im Rahmen von Angeboten der Jugendarbeit oder von Schulprojekten möglich.

Herr Kourkoulos und Herr Naumann als Vertreter aus den Jugendeinrichtungen plädierten für einen stark sozialraumorientierten Ansatz, da dieser für die Jugendlichen einen direkteren Zugang und eine direktere Betroffenheit und damit eine größere Motivation zur Teilnahme biete. Herr Naumann verwies darauf, dass viele Besucher der Jugendeinrichtung aus bildungsfernen Schichten kämen und diese durch eine zu kopflastige Methode überfordert seien. Zudem verwies er auf den großen

Ressourceneinsatz, der für die Durchführung notwendig sei und mit den anderen Angeboten in den Einrichtungen abgeglichen werden müsse.

Frau Clauß sagte die Unterstützung der Stadtverwaltung bei Organisation und Durchführung der Treffen zu. Herr Dirks regte an, für dieses Modul auch den Sozialraum Schule zu nutzen.

Frau Leshwange plädierte für die OpenSpace-Methode, die auch bildungsfernere Jugendliche mitnehme und aktiviere. Dies alleine reiche jedoch nicht aus. Solche Veranstaltungen müssten durch Feedback-Schleifen in die Politik und zurück zu den beteiligten Jugendlichen wirksam werden.

Herr Kourkoulos erinnerte daran, dass es in allen Stadtteilen Jugendeinrichtungen gebe und verwies auf eine mögliche Verbindung der Ergebnisse solcher Foren mit den Mini-Projekten. Mit Unterstützung der Stadtverwaltung bei der Organisation der Treffen sah er die Möglichkeit, dieses Modul in seinen Einrichtungen umzusetzen.

Frau Clauß stellte bei den Anwesenden einen Konsens fest, diesen dezentralen Ansatz auszuprobieren und bat die Jugendeinrichtungen die Umsetzung durch ihre Beziehungsarbeit und ihr Know-How zu ermöglichen. Zielgruppe dieses Moduls seien die eher bildungsfernen Jugendlichen, die über die Jugendeinrichtungen gut erreichbar seien. Im Wechsel könnten so alle Stadtteile erreicht werden. Sie regte für 2016 die Durchführung von zwei Veranstaltungen in unterschiedlichen Sozialräumen an.

Herr Kourkoulos bot dafür Hotti Birlinghoven an. Herr Naumann wird die Umsetzung eines solchen Angebots in einer Einrichtung des Vereins klären.

Frau Leshwange begrüßte die starke Einbindung der Jugendarbeit. Und verwies auf die mögliche Förderung durch den Landesjugendplan.

Als Konsens wurde festgehalten:

2016 werden von Hotti und dem Verein mit organisatorischer und finanzieller Unterstützung der Stadtverwaltung zwei Jugendforen in Jugendeinrichtungen in unterschiedlichen Sozialräumen durchgeführt.

Modul 4: Zentrales Jugendforum

Dieses Modul soll einen direkten Kontakt zwischen den Jugendlichen auf der einen Seite sowie Politik, Verwaltung und Vertretern von für Jugendliche relevante Einrichtungen, Firmen und Behörden auf der anderen Seite ermöglichen.

Frau Leshwange erklärte, bei dieser Methode müsse man sich deren Reichweite bewusst sein. Sie berichtete von den umfangreichen Erfahrungen aus Königswinter. Hier treffen Jugendliche aus ausgesuchten Schulklassen mit Bürgermeister, Politikern, Verwaltungsvertretern, Polizei, Vertretern der Verkehrsbetriebe und potentiellen Arbeitgebern etc. im Speed-Debating aufeinander. Diese Form ließe sich nur schwer dokumentieren, jedoch berichteten alle Seiten von sehr positiven persönlichen Erfahrungen. Sie regte an, diese Form unbedingt auszuprobieren, jedoch nicht als eine ergebnisorientierte Methode anzusehen.

Frau Clauß stellte die spezielle Bedeutung dieses Moduls heraus. Bei Partizipation gehe es auch darum, zwischen den unterschiedlichen Interessen Jugendlicher und Erwachsener zu vermitteln und Kontaktmöglichkeiten zu schaffen. Diese Methode sei hierfür bestens geeignet und käme auch dem Wunsch der Politik nach einem direktem Kontakt mit Jugendlichen entgegen.

Eine von Herrn Engels angeregte Öffnung für alle interessierten Jugendlichen wurde von den Anwesenden als wenig sinnvoll angesehen, da sich Jugendliche aus eigenem Antrieb kaum für solche Formen interessieren. Herr Kourkoulos sah die Möglichkeit einer offenen Umsetzung dieses Partizipationsangebots höchstens im Rahmen eines vom Stadtjugendring organisierten „Jugendtages“. Frau Leshwange ergänzte, nach ihrer Erfahrung funktioniere diese Methode nur mit festen Gruppen.

Der Vorschlag von Frau Clauß, diese Methode in enger Kooperation mit den Schulen durchzuführen und die Schulen auch als Veranstaltungsort zu nutzen, fand allgemeine Zustimmung. Herr Engels berichtete, er habe im Zusammenhang mit seinen Telefonaten mit den Schulleiten bezüglich der SV-Vernetzung auch nach der Unterstützung zu diesem Modul gefragt und hierzu durchweg positive Antworten bekommen.

Als Konsens wurde festgehalten:

Ein Speed-Debating als zentrale Veranstaltung wird 2016 durch den FD 5/20 in Kooperation mit den Schulen an einem Schulstandort durchgeführt.

Modul 5: E-Partizipation

Das Internet als die jugendgerechte Kommunikationsplattform bietet viele Möglichkeiten zur Information und zum Austausch untereinander auch ohne persönliche Kontakte. Sie ist daher auch für Partizipation ein wichtiges Medium.

Frau Leshwange verwies auf die sehr großen personellen und finanziellen Ressourcen, die für eine funktionierende E-Partizipation benötigt werden. Foren müssten immer aktuell gehalten werden, da sie sonst von Jugendlichen nicht besucht würden. Eine App sei bei einer Stadt der Größe Sankt Augustins aus ihrer Sicht überdimensioniert und werde bei der Vielzahl der vorhandenen Apps untergehen. Herr Engels bestätigte, dass die Erstellung einer professionellen App sehr teuer und eine ständige Pflege nicht gesichert sei. Er schlug vor, durch ein YouTube-Portal, wie es in Nürnberg gut genutzt werde, zumindest die Möglichkeit zu geben, Videobotschaften Jugendlicher zu veröffentlichen. Aber auch dieses Portal müsse ständig beobachtet werden, um den Missbrauch der Plattform durch die Veröffentlichung von Videos mit rechtswidrigem oder menschenverachtendem Inhalt zu verhindern.

Frau Leshwange verwies darauf, dass Videoarbeit eine jugendgerechte Methode sei und es im Rahmen der anderen Module sicherlich Ansätze für eine durch Jugendliche selbst initiierte Videoarbeit gebe. Diese Videos könnten über eine solche Plattform veröffentlicht werden.

Als Konsens wurde festgehalten:

Es bestand Einigkeit, dass dieses Modul wichtig sei, jedoch die Module 1-4 als Methoden mit direktem Kontakt zu den Jugendlichen vorrangig umgesetzt werden sollten. Wenn durch Kooperation mit externen Partnern (z.B. Hochschule oder Schulen) ausreichende Personalkapazität oder durch Sponsoring bzw. Fördermittel genügend Finanzmittel für E-Partizipation zur Verfügung stehen, könne eine Umsetzung auch des 5. Moduls überlegt werden.

gez. Engels